

Hannes Androsch:

Mikrochips und Manpower – Chancen und Perspektiven für eine neue Symbiose

Angesichts des hochkarätigen Publikums dieser Veranstaltung möchte ich mein Referat mit einer Anekdote beginnen: John F. Kennedy, der gerne bedeutende Persönlichkeiten seines Landes aus Kultur, Wirtschaft und Wissenschaften in das Weiße Haus zu bitten pflegte, hat bei einem Abendessen mit einer Gruppe von erlesenen Gästen einmal gemeint, er freue sich sehr, daß alle seiner Einladung gefolgt seien und daß seit Jefferson nicht mehr so viele bedeutende Persönlichkeiten im Weißen Haus bei einem Dinner an einem Tisch gegessen seien. Und Jefferson pflegte alleine zu Abend zu essen.

Heute werden die führenden Köpfe aus den Bereichen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft nicht nur in unserem Land mit dem immer brisanter werdenden Thema der Zukunft der Arbeit konfrontiert. Seit Jahren schwellen in der Öffentlichkeit Unkenrufe an, die besagen, daß der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgehe, weil Chips und Roboter in zunehmendem Ausmaß die Arbeitsplätze gleichsam auffressen würden und daß nicht nur das „Ende der Geschichte“, sondern auch das Ende des Zeitalters der Erwerbsgesellschaft erreicht worden sei. Diese hoffnungs- und perspektivenlose Sichtweise wird von einer zunehmenden Zahl von thematisch einschlägigen „Fachbüchern“ geschürt, die sich in apokalyptischen Doomsday-Prophezeiungen ergehen. Aus der Sichtweise der Optimisten gehen wir einer Zwei-Drittel-Gesellschaft entgegen, während die Pessimisten der Ein-Fünftel-Gesellschaft das Wort reden, in der nur mehr ein Fünftel der Bevölkerung Arbeit haben wird.

In der Tat scheinen jedenfalls im westlichen Europa die hartnäckig hohen und weiterhin ansteigenden Zahlen der Arbeitslosen diese These zu bestätigen. Sie beinhaltet aber keinen Erklärungsansatz für die rasante Zunahme der Schattenwirtschaft oder den Mangel an Arbeitskräften in vielen Wirtschaftssektoren. Es sei in diesem Zusammenhang nur daran erinnert, wie schwierig es etwa

* Vortrag beim 3. Wiener Kulturkongreß am 10. November 1997 im Wiener Haus der Industrie

**Geht der
Arbeitsgesellschaft
die Arbeit aus?**

**Steigende
Arbeitslosenzahlen in
Europa**

Schattenwirtschaft
nimmt rasant zu

USA:
36 Millionen neue
Arbeitsplätze im
zivilen Sektor

Unterschiedliche
Formen der
statistischen Erfassung

ist, kurzfristig einen Handwerker für eine Reparatur in Haus oder Garten aufzutreiben, oder daß es fast keine Tankstellen mehr gibt, die ein umfassendes technisches Service anbieten. So scheitert auch der Wunsch eines älteren Menschen, mit öffentlichen Verkehrsmitteln von Wien aus in das Salzkammergut auf Kur zu fahren oft bereits an dem Umstand der mühseligen Beförderung des Gepäcks, für das kein Personal mehr zur Verfügung steht. Die Verbringung des Gepäcks in und aus dem Zug, noch dazu mit mehrmaligem Umsteigen, wird dann zu einem Ding der Unmöglichkeit. Ein noch viel plastischeres Beispiel für die Infragestellung der These, daß die Arbeit aufgrund der technologischen Entwicklung zu einer Mangelware wird, ist der Umstand, daß etwa die Vereinigten Staaten einen Anstieg der Gesamtbeschäftigung zu verzeichnen haben.

In den letzten fünfzehn Jahren ist in den USA die Beschäftigung um 25% angestiegen. Der entsprechende Zuwachs in Europa betrug in diesem Zeitraum nicht einmal 2%. Man darf sich daher nicht wundern, daß die Differenzposition in einer gestiegenen Arbeitslosigkeit, von der mittlerweile mehr als 18 Mio. Menschen betroffen sind, zu finden ist. In den USA wurden zwischen 1974 und 1994 im zivilen Sektor 36 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen, davon alleine 31 Mio. im privaten Sektor. Im selben Zeitraum wies die Beschäftigungsbilanz der damals noch zwölf EU-Mitgliedsstaaten nur 5 Mio. neue Arbeitsplätze aus. Davon entfiel eine Million auf den privaten Sektor. Diese Zahlen sprechen für sich! Das gerne verwendete Argument, daß in den Vereinigten Staaten nur „Working poor-Arbeitsplätze“ hinzugekommen sind, ist nicht stichhaltig. Zwei Drittel davon sind als höchst- und hochwertig anzusehen. Viele davon befinden sich im Technologiesektor.

Angesichts der Diskussion zum Thema „Arbeitslosigkeit“ stellt sich natürlich auch die Frage nach der definitorischen Ausgangslage und der statistischen Erfassungsmethode sowie der damit verbundenen empirischen Aussagekraft.

Diese Feststellung ist auch für die Art der Berechnung der Inflation oder des wirtschaftlichen Wachstums zutreffend. Die entsprechenden Daten geben die Realität nur ungenügend wieder. Die Inflation wird überzeichnet – wir haben inzwischen eine Deflation –, während das Wachstum unterzeichnet wird. So wird beispielsweise das Wissen und das Know-how eines Bill Gates in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in keiner Art und Weise angemessen berücksichtigt. Was die Berechnung der Arbeitslosigkeit betrifft, so wird diese wiederum länderweise sehr unterschiedlich gehandhabt. Wenn man beispielsweise die in der EU angewandte Statistikmethode mit der in Österreich gängigen Methode vergleicht, so weichen die Ergebnisse voneinander um

50% ab. Zudem ist zu berücksichtigen, daß die Ermittlungsmethoden immer wieder geändert werden. Im Vereinigten Königreich sollen diese seit Beginn der Regierung Thatcher inzwischen 59 mal verändert worden sein. Diese Praxis wird auch in anderen Ländern geübt. Versuche, Statistiken zu schönen, können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich zumindest auf dem europäischen Arbeitsmarkt die Lage dramatisch verschlechtert hat. Stellvertretend für viele Länder sei hier nur die Schweiz erwähnt. 200.000 Beschäftigungslose in diesem Land sind noch vor 10 oder 15 Jahren eine unvorstellbare Größe gewesen.

Realistischerweise sollte im Rahmen einer volkswirtschaftlichen Problemanalyse der Arbeitsmarktlage auch das Verhältnis zur Erwerbsquote berücksichtigt werden. Letztere Quote berücksichtigt die Zahl der Beschäftigten innerhalb eines bestimmten Altersspektrums, dem „working-force-age“, das zwischen 15 und 64 Jahren liegt. In den Vereinigten Staaten, in Japan, aber auch in Dänemark liegt die Erwerbsquote bei 75%, in Italien bei 51% und in Spanien bei 48%. In Österreich beträgt die Erwerbsquote 68%. Während sich das Ergebnis für Italien durch den hohen Anteil der „Schattenwirtschaft“ relativieren läßt, ist das österreichische Ergebnis mit der Einschränkung zu betrachten, daß ein noch zu großer Teil der Beschäftigten – sagen wir es wohlwollend – im geschützten Sektor bzw. in der öffentlichen Verwaltung tätig ist, wo grundsätzlich in vielen Bereichen ein geringerer Leistungsdruck unterstellt werden kann als im freien Wettbewerbssektor.

Aus der Zusammenschau des eben Gesagten ergibt sich, daß eine präzise objektive Analyse der Problematik Arbeitslosigkeit, die wiederum Grundlage für einen objektiven diagnostischen Befund ist, kein leichtes Unterfangen ist. Ohne brauchbare Analyse ist es schwer, die richtige Diagnose zu finden. Umgekehrt bedarf eine Diagnose aber auch einer klar umrissenen Soll-Vorgabe. Das Idealbild der Vollbeschäftigung erweist sich bei näherer Betrachtung als ein vielschichtiges Rasterbild. Sir William Henry Beveridge, ein englischer Sozialpolitiker, der zusammen mit Sir Winston Churchill die englischen Arbeitsämter begründet hat, hat einer Volkswirtschaft dann Vollbeschäftigung bescheinigt, wenn die Arbeitslosenrate die 3%-Grenze nicht übersteigt. Im Durchschnitt der EU-Staaten wird mittlerweile eine Arbeitslosenrate von mehr als 10% erreicht. In den USA, wo die allerdings mit einer anderen statistischen Methode berechnete Arbeitslosenquote 5% beträgt, wird demgegenüber ein zunehmender Mangel an Arbeitskräften, und zwar speziell an Facharbeitern, beklagt und mittlerweile vor den volkswirtschaftlichen Negativfolgen einer Überbeschäftigung gewarnt.

Wenn man von der zahlen- und prozentmäßigen Definition eines volkswirtschaftlichen Aggregatzustandes für Vollbeschäfti-

Gegenüberstellung Arbeitslosenzahlen – Erwerbsquoten

**Österreich:
zu viele Beschäftigte
in der öffentlichen
Verwaltung**

**Beveridge:
Vollbeschäftigung bei
einer
Arbeitslosenquote
von maximal 3%**

**Arbeit ist nicht nur
eine ökonomische
Größe**

**Pessimistische
Zukunftsdeutungen
in der Literatur**

**Wirtschaftsunion
wird auch
Beschäftigungsunion
zu sein haben**

gung absieht, dann könnte man folgende beschäftigungspolitische Zielsetzung formulieren: „The natural urge of most people is to want to work. It provides them with interest, fulfilment and self-esteem. It enables them to enjoy the dignity of supporting themselves and their families“. Diese Definition macht deutlich, daß Arbeit nicht nur eine ökonomische Größe, sondern auch eine wertbesetzte ist. Demgemäß ist eine der prioritären wirtschaftspolitischen Aufgaben, es zu ermöglichen, daß jede Person, die arbeiten will und kann, dazu auch die Möglichkeit erhält. Und das ist im heutigen Europa, zumindest im kontinentalen Europa, gegenwärtig nicht der Fall, obwohl es genug Arbeit gibt, wenn auch nicht an jedem Ort und nicht zu jedem Zeitpunkt und nicht zu jeder von Arbeitnehmerseite gewünschten Lohnhöhe. Das Anbot an Arbeit stimmt darüber hinaus auch nicht immer mit der nachgefragten Qualifikation überein. An diesen Befund anknüpfend stellt sich unter Zugrundelegung der Wertigkeit von Arbeit an sich die Frage nach Lösungsansätzen für die gegenwärtige prekäre Arbeitsmarktsituation. Pessimistische, zu Angst und Lethargie führende Zukunftsdeutungen, die den Abgrund beschreiben, an dessen Rand wir uns angeblich bewegen, sind dafür sicherlich nicht der richtige Weg. Die von Hannah Arendt in ihrem Buch „Vita activa“ bereits 1958 angesprochene „Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist“, ist mittlerweile zum Sujet einer eigenen Literaturgattung geworden. Viele dieser Bücher, zu deren bekanntesten Autoren Hans-Peter Martin, Harald Schumann, John R. Saul, Viviane Forrester oder Jeremy Rifkin zählen, sind innerhalb kürzester Zeit zu Bestsellern avanciert. Die Möglichkeiten und Chancen, die mit den neuen technologischen Entwicklungen in Kombination mit neuen Organisationsformen der Arbeit und neuen organisatorischen Zugangsformen zur Arbeit verbunden sind, drohen demgegenüber in der öffentlichen Diskussion unterzugehen. Es gilt daher, die entsprechenden Perspektiven aufzuzeigen. Dieses Themenfeld ist mit eine der integralen Aufgaben einer zukunftsgerichteten europäischen Wirtschaftspolitik.

Die europäische Integration fußt auf der Verankerung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion. Für die Errichtung letzterer wurden zwischenzeitlich auf Grundlage der Maastricht-Verträge die notwendigen Voraussetzungen geschaffen. Dieses Projekt kann, abgesehen von allfälligen technischen Umsetzungsproblemen, als geklärt betrachtet werden. Die Zielsetzung der Errichtung einer europäischen Wirtschaftsunion muß aber auch die Aufgabenstellung der Schaffung einer Beschäftigungsunion zum Inhalt haben, wenn das gemeinsame Haus Europa, zu dessen Tragemauern die nachhaltige Akzeptanz seiner Bürger zählt, Bestand haben sollte.

Arbeit ist genug vorhanden und wird auch in der Zukunft nicht ausgehen. Diese These trifft aber nur dann zu, wenn erkannt wird, daß die derzeitige Arbeitslosigkeit nicht mehr ausschließlich mit dem Konjunkturverlauf in Verbindung gebracht werden kann, sondern auch als ein mit dem Wandel vom Industrie- zum Informationszeitalter verbundenes Strukturproblem zu betrachten ist. Diesem Veränderungsprozeß und den damit verbundenen notwendigen Umstellungen wird aber noch viel zu wenig Rechnung getragen. Ein immenser Reformstau ist die Folge.

Dieser kann nicht nur bei uns in Österreich, sondern in fast ganz Kontinentaleuropa festgestellt werden. Ausnahmen von diesem Befund bilden die Niederlande, Großbritannien und Schweden. In diesen Ländern hat man mit gutem Erfolg mit dem Abbau kontraproduktiver bürokratischer Hürden und nicht mehr zeitgemäßer sozialer Schutzbestimmungen begonnen. Vor allem im Sozialbereich haben viele der ursprünglich in bester Absicht geschaffenen Bestimmungen mittlerweile die gegenteiligen Folgewirkungen. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur auf das Beispiel der Lehrlingsausbildung verweisen. In früheren Zeiten mußte für die Lehre Lehrgeld bezahlt werden, und es war durchaus üblich, daß die in Ausbildung stehenden jungen Menschen ausgebeutet worden sind. Zum Zweck der Verbesserung der Lehrlingsausbildung sind mittlerweile so zahlreiche Schutzbestimmungen geschaffen und eine so hohe Lehrlingsentschädigung tarifvertraglich festgelegt worden, daß viele Unternehmen nicht mehr bereit sind, Lehrlinge auszubilden. Dies ist nicht nur für viele Jugendliche und ihre Familien, sondern für die gesamte Gesellschaft eine Katastrophe. Denn, provokant gesagt, es ist besser in die Ausbildung der jungen Menschen zu investieren als später für die Kosten für zusätzliche Gefängnisse aufkommen zu müssen. Auch der Langzeitarbeitslosigkeit von älteren unselbständig Tätigen liegt häufig nicht ein Mangel an Qualifikation, sondern die Prohibitivwirkung der Schutzbestimmungen für ältere Arbeitnehmer zugrunde, die eine Inflexibilisierung der Unternehmen zur Folge haben. Ähnliche Beispiele ließen sich ebenso wie bürokratische Stauschwellen zu Lasten der Wirtschaft noch sonder Zahl finden.

Die dringend gebotene Reformflut muß jedenfalls folgenden Maßnahmenkatalog beinhalten:

- *Nachhaltig wirksame Reform des Sozialsystems*

Der Wohlfahrtsstaat gilt zu Recht als eine der größten Errungenschaften unseres ansonsten über weite Strecken blutigen und grausamen Jahrhunderts. Nunmehr ist das soziale System durch Überforderung und in vielen Fällen wegen Überdosis in Gefahr geraten. Eine Reform an Kopf und Gliedern ist dringend geboten! Den vier vom amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt

Immenser Reformstau

**Erfolgreicher Abbau
bürokratischer
Hürden in
Großbritannien,
Schweden und den
Niederlanden**

**Schutzbestimmungen
wirken häufig
prohibitiv**

**Das soziale System ist
in Gefahr geraten**

Eine gute
Wirtschaftspolitik ist
die beste Sozialpolitik

Öffentliche
Verwaltung muß
schlanker werden

Überdenken arbeits-
und sozialrechtlicher
Bestimmungen

1941 genannten Grundpfeilern einer humanen Gesellschaftsordnung – die Freiheit der Rede und der Religion sowie die Freiheit von Furcht und von Not –, muß weiterhin Rechnung getragen werden. Gleichzeitig muß aber das Prinzip eines möglichst hohen Maßes an Eigenverantwortung, Eigeninitiative und Eigenvorsorge Priorität haben.

Als eiserne Regel muß jedenfalls gelten, daß das, was aus guten Gründen der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit verteilt werden sollte, immer zuvor erst erwirtschaftet werden muß. Eine gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik.

In diesem Zusammenhang wird auch der Begriff „sozial“ eine Neudefinition erfahren müssen. Der Staat übernimmt sich, wenn er stets selber handelt. Er muß vielmehr Rahmenbedingungen setzen, die soziales Verhalten, Hilfsbereitschaft und Freiwilligkeit viel stärker als bisher belohnen.

● *Entbürokratisierung*

Die öffentliche Verwaltung muß um vieles schlanker werden, das Sozialwesen entbürokratisiert und das monströse Arbeitsrecht vereinfacht werden. Der oft endlos lange Behördenangriff vor der Gründung neuer Firmen muß deutlich abgekürzt werden.

● *Neue Weichenstellung in der Arbeitsmarktpolitik*

Eine Festsetzung von Mindestlöhnen – so sozial verständlich sie sein mag –, die bewirkt, daß Arbeitskräfte ohne Berufserfahrung oder mit geringer Qualifikation durch die übermäßige Verteuerung ihrer Arbeit aus dem Erwerbsprozeß ausgegrenzt werden, wirkt sich für eine offensive Arbeitsmarktpolitik ebenso kontraproduktiv aus wie zu geringe finanzielle Anreize zur Erwerbsaufnahme im Falle von Arbeitslosigkeit. Das gleiche gilt für einen Lohnsetzungsmechanismus, bei dem die Reallohnentwicklung den Knappheitsverhältnissen am Arbeitsmarkt nicht Rechnung trägt oder Kündigungsschutzbestimmungen, die bewirken, daß Unternehmen auf eine Belebung der Nachfrage eher mit vermehrten Überstunden oder längeren Lieferfristen anstelle von Neueinstellungen reagieren.

Arbeits- und sozialrechtliche Bestimmungen müssen daher unter Bezugnahme auf die geänderten wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen auf ihre Nutzeneffekte hin überprüft und gegebenenfalls adaptiert werden. So wird bei der Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsprozeß von vielen Staaten mittlerweile mit einer Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln beziehungsweise mit Abschaffungsmodellen im Dienste der Gemeinschaft reagiert.

- *Flexibilisierung der Arbeitszeit*

Traditionelle Arbeitszeitmodelle schränken sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer unnötig ein. Ungewohnte, flexible Arbeitsformen sind daher zu fördern und nicht zu behindern.

- *Bildungswesen*

Im gesamten Bildungswesen müssen die neuen technologischen Erfordernisse und die damit verbundenen Notwendigkeiten Berücksichtigung finden. Die kurze Halbwertszeit des Wissens und die zunehmende Globalisierung stellen enorme Anforderungen an die Lernfähigkeit von Arbeitskräften. Trotz Fortschritten im bildungspolitischen Bereich, wie etwa durch die Einführung von Fachhochschulen, öffnet sich nicht nur in Österreich die Schere zwischen angebotenen und nachgefragten Qualifikationen. Gefordert sind namentlich die Aktualisierung von Ausbildungsplänen in Lehrberufen, eine Straffung und stärker arbeitsmarktorientierte Ausrichtung der Hochschulausbildung sowie Anreize zur laufenden Weiterbildung. Insbesondere die Aus- und Weiterbildung in Sektoren mit hohem Zukunftspotential ist massiv zu forcieren. Dasselbe gilt für Forschung und Entwicklung.

Tatsache ist, daß seit der industriellen Revolution, die einen unglaublichen Sprung bei der Generierung von Wohlstand gebracht hat, nicht trotz, sondern wegen des technologischen Fortschrittes langfristig gesehen die Gesamtbeschäftigung in den Industriestaaten zugenommen hat. Und es gibt keinen Grund anzunehmen, daß dies nicht auch weiterhin der Fall sein wird. Allerdings werden die Berufs- und Lebenswelten des Informationszeitalters, an dessen Schwelle wir stehen, andere sein als die des Industriezeitalters. So wird ein gut bezahlter, mit allen sozialen Anrechten versehender Beruf auf Lebenszeit in Hinkunft bald nicht mehr dem Normalarbeitsverhältnis entsprechen. In der differenzierten und vernetzten Arbeitswelt von morgen haben die früheren vorgefertigten Karrieremuster, die beamtenhaften Lebensstellungen und die starren Berufsbilder ausgedient. Die Arbeit wird vielmehr einem dynamischen Flexibilisierungsprozeß unterliegen. In jenen Unternehmen und Branchen, die sich auf den internationalen Märkten behaupten müssen, ist diese Entwicklung inzwischen schon deutlich spürbar geworden. Zahlreiche neue Modelle für die Regelung der Arbeitszeit und der Flexibilisierung des Arbeitsplatzes sind ebenso Vorboten dieses Trends, wie auch die innerhalb von Firmen zunehmend geübte Praxis, unternehmerische Funktionen mehr und mehr an den einzelnen Arbeitsplatz zu verlagern.

Bill Gates ist das Symbol der neuen Zeit. Die Kombination von Ausbildung, Erfahrung und Wissen entwickelt sich zum wichtigsten Produktionsmittel. Benötigte man früher für die Umsetzung

Förderung flexibler Arbeitsformen

Forcierung der Aus- und Weiterbildung

Gesamtbeschäftigung in den Industriestaaten hat langfristig zugenommen

Starre Berufsbilder haben ausgedient

Herausforderungen der Globalisierung annehmen

neuer Ideen Kapital, so wird heute von Fonds-Managern und anderen Anlegern ständig nach neuen Ideen gesucht, die das verwaltete Kapital vermehren. Die global einsetzbaren Informationstechniken, die Vernetzung menschlicher Intelligenz durch Daten-Highways schaffen ein neues Wirtschaftsumfeld, in dem einzelne Menschen und Unternehmen Wohlstand durch Wissen unter Einsatz von Kapital schaffen. Der damit verbundene Anpassungsprozeß wird viele Umstellungen erforderlich machen. Nicht alle werden sich auf der Gewinnerseite wiederfinden. Die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft wird, wie Ralf Dahrendorf mit Recht meint, daher weitgehend davon abhängen, inwieweit es gelingen wird, ökonomische Effizienz mit gesellschaftlicher Solidarität auf der Grundlage demokratisch freiheitlicher Bedingungen zu verbinden. Nur wenn wir die Herausforderungen der Globalisierung annehmen und bestmöglich zu nutzen versuchen, wird die Zielsetzung, unseren Wohlstand zu sichern und auszubauen und gleichzeitig ein hohes Beschäftigungsziel zu erreichen, nicht Wunschtraum, sondern Realität werden. In diesem Sinne sind wir alle zum Handeln aufgerufen.